

## Ein Gespräch aus aktuellem Anlass

***gatersleben.info*** zu Gast bei Mario Lange, Ortsbürgermeister von Gatersleben und Stadtrat in der Stadt Seeland am 26. Juni 2015

In der Diskussion um die Zukunft der Schulen der Stadt Seeland kehrt auch nach der jüngsten Sitzung des Stadtrats keine Ruhe ein. Und auch die finanziellen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger durch Abwasserbeseitigungsanlagen im Ortsteil Gatersleben sorgten für andauernden Unmut. Gründe genug für eine Bürgerversammlung am 22. Juni im Bürgerhaus des Ortsteils.

*gatersleben.info* befragte zu diesen Themen nun den Ortsbürgermeister von Gatersleben und Seeland-Stadtrat **Mario Lange**.

***gatersleben.info***: Herr Bürgermeister, vorab bitten wir Sie um eine Klarstellung. Am vergangenen Montag gab es in Gatersleben eine Bürgerversammlung zu den Themen Schulentwicklungsplanung in der Stadt Seeland und Finanzierung der Abwasserbeseitigung. Dabei wurde die Abwesenheit der Bürgermeisterin der Stadt Seeland Frau Heidrun Meyer mehrfach mit Unverständnis registriert. Warum hatten Sie Frau Meyer nicht eingeladen?

**Mario Lange**: Irgendwie ist zu bemerken, dass es offenbar nicht mehr um Sachthemen und deren Details geht, sondern um persönliche Befindlichkeiten. Das ist bedauerlich, denn dafür waren die Themenstellungen der Bürgerversammlung zu wichtig.

Die Bürgermeisterin der Stadt Seeland war nicht nur eingeladen, im Gegenteil: Sie hat sogar selbst geladen und die von mir initiierte Bürgerversammlung in eine von ihr gezeichnete Einladung zur Einwohnerversammlung umgewandelt (Anmerkung der Redaktion: Diese Einladung liegt *gatersleben.info* vor.). Sie hätte daher die Versammlung dann sogar selbst leiten müssen.

Doch ist das eigentlich sekundär, die Tagesordnung Schulentwicklung und Abwasser hätte es einfach erwarten lassen, dass die Bürgermeisterin vor Ort ist.

***gatersleben.info***: Widmen wir uns daher den brisanten Themen der Bürgerversammlung. Worum ging es?

**Mario Lange**: Nicht ganz einfach, das kurz zusammenzufassen. Zunächst ging es um die Schulentwicklung der Stadt Seeland mit den drei Standorten Gatersleben, Nachterstedt und Hoym.

Unsere Gatersleber Sicht war es, alle drei Grundschulstandorte zu erhalten. Dafür haben wir uns eingesetzt. Auch für die Schule in Hoym, deren Weiterbestehen in Frage gestellt worden war. Doch standen nun plötzlich verwaltungsseitig nicht nachvollziehbare Argumente im Raum, wonach die Grundschule Hoym nur Bestand haben könne, wenn diese zukünftig auch von den Kindern aus Schadeleben und Friedrichsaue besucht werde. Gegenwärtig werden sie noch in Gatersleben unterrichtet.

Damit war man allerseits zufrieden und einverstanden, nun aber ging es Richtung Hoym, was aus unterschiedlichen Gründen auch und zuerst auf den Widerstand der Eltern aus den genannten Ortschaften stieß. Dieser Unwillen der Bürger war stark zu verspüren. In Offenen Briefen, Eintragungen auf Kommunikationsplattformen im Internet (Facebook) und Lesermeinungen in der Presse, doch änderte dies nichts am Verwaltungshandeln.

Und auch an den Entscheidungen des Stadtrates nicht.

Vielmehr hatte man hier den Eindruck, dass die Ortsteile der Stadt gegeneinander ausgespielt werden. Ganz schwierig im Blick auf die Interessen und das gemeinsame Handeln einer Stadt.

Zum Abwasser: Ein thematischer Dauerbrenner seit gut fünf Jahren, was unter anderem bedeutet, dass Gatersleben für die Errichtung der Abwasseranlagen bereits den sogenannten Herstellungsbeitrag I, etwa 1,3 Millionen Euro, zahlen mussten. Dahinter standen große Fragezeichen, denn man vereinnahmte Geld für bereits voll finanzierte Anlagen. Geld, was heute zur Verfügung stehen sollte und für welches wir kämpfen, damit es unserem Ortsteil zugutekommt. Zum Beispiel für die Schulsanierung oder den Ausbau der Kindertagesstätte.

In diesem Jahr ist der Herstellungsbeitrag II dazu gekommen, dieser bezieht sich auf das alte Abwasserkanalsystem, also alles das, was sich nördlich der Selke befindet.

Hier sollen jetzt Beitragsbescheide verschickt werden, hinter denen noch größere Fragezeichen stehen. Denn dabei handelt es sich auch um Beiträge für Netze bzw. Kanäle aus dem vergangenen Jahrhundert, errichtet Mitte der 1960er Jahre. Das ist 50 Jahre her. Und nun will man dafür noch Geld?

Damit kann man nur alles andere als einverstanden sein. Aber es wird von in Sachsen-Anhalt geltendem Recht gedeckt und dies ist das eigentliche Problem, vor dem wir stehen.

Dabei gibt es aber offenbar einen Ermessensspielraum. In Aschersleben zum Beispiel wird dieser Herstellungsbeitrag nicht erhoben. Obwohl man müsste, will man sich dort dem Bürgerwillen nicht widersetzen und fordert keine Beiträge für das alte Abwasserbeseitigungssystem.

Und dann verjährt das alles zudem noch Ende 2015, dann ist der Herstellungsbeitrag II vom Tisch.

Hier bei uns in Gatersleben sagt der Abwasserzweckverband Ostharz: Wenn wir den Beitrag nicht erheben, wird dafür unser Geschäftsführer in Anspruch genommen, deshalb wird die Beitragserhebung durchgesetzt. Ob nun aber vergleichsweise in Aschersleben der dortige Geschäftsführer oder der Oberbürgermeister in Haftung genommen würden, daran zweifle ich stark. Ich meine, man hätte auch hier gut auf die Beitragserhebung verzichten können.

**gatersleben.info:** *Welches Fazit ziehen Sie aus dieser Veranstaltung?*

**Mario Lange:** Lassen Sie mich noch betonen, dass durch die Bürgerversammlung der Ortschaftsrat und Ortsbürgermeister politischen und moralischen Rückhalt durch die Bevölkerung unseres Ortsteils erfahren haben.

Dabei hätte jedes Thema für sich eigentlich eine eigene Bürgerversammlung erfordert. Das Schulentwicklungsthema war eher ungeplant und seiner Aktualität geschuldet.

Hier war besonders zu bemerken, dass die Eltern aus den drei Ortschaften Gatersleben, Schadeleben und Friedrichsaue gemeinschaftlich auftraten und man erstmals zusammen in einem Forum über Ortsgrenzen hinweg zu den Schulperspektiven seine Gedanken austauschen konnte. Aber natürlich bleiben dennoch den Ortschaftsräten die Hände gebunden, denn die Entscheidungen liegen beim Stadtrat, doch konnten die betroffenen

Bürger hier erstmals gemeinsam zur Sache diskutieren.

Zur Tagesordnung der Stadtratssitzung einen Tag später durfte ja dann kein Bürger etwas sagen. Schlecht für eine Demokratie, wenn man zwar von Umständen und Entscheidungen betroffen ist, an diesen aber nicht mitwirken darf. Denn ganz gleich, wer da im Rat oder den Ausschüssen sitzt, er wurde ja schließlich vom Bürger gewählt und hat dessen Willen umzusetzen. Doch wie erfährt man von diesem Willen, wenn man nicht miteinander spricht? Ich darf mir doch nicht im stillen Kämmerlein ausdenken, was der Bürgerwille sein könnte.

Und beim Abwasser hatte man Dank des anwesenden und sich der Diskussion stellenden Geschäftsführers des Abwasserzweckverbandes Ostharz Lutz Günther Klarheit darüber verschaffen können, was konkret sich hinter den Beiträgen und der Geschäftsbesorgungsübernahme samt finanzieller Aspekte durch den Verband in Gatersleben verbirgt. Seine Erklärungen zum Beispiel zu den Herstellungsbeiträgen I und II waren sehr gut und aus seiner Sicht authentisch. Natürlich gibt es im Detail unterschiedliche Meinungen, hat doch der Bürger eine andere als der betriebswirtschaftlich denkende und handelnde, an Recht und Gesetz gebundene Geschäftsführer. Das hat Herr Günter sehr sachlich verdeutlicht und verdient für seinen entsprechenden Vortrag mein Kompliment. Gleiches gilt für seine Ruhe und Objektivität bei der Beantwortung der Bürgerfragen. Da hat er hier nicht nur viele Sympathiepunkte gesammelt, sondern sein Verband wird nun im Ort in einem ganz anderen Licht gesehen. Da wurde einiges zurechtgerückt. Außerdem ist er nicht in die kommunalpolitischen Konfliktdetails eingebunden und kann so sachlich und objektiv agieren und argumentieren.

***gatersleben.info:** Lassen Sie uns nun doch bitte über die Problematik des politischen und administrativen Verhältnisses des Ortsteils Gatersleben zur Stadt Seeland als Ganzes, vor allem deren Exekutive sprechen. Da scheint man beiderseitig in einer Art politischer Sackgasse zu stecken. Welche Wege könnten aus ihr herausführen?*

**Mario Lange:** Ja, wir stecken hier in einer Art Sackgasse. Das bemerkt jeder. Dabei war ja die Stadt Seeland sozusagen nie eine Art verwaltungspolitische Liebesheirat, erst recht nicht mit dem Ortsteil Gatersleben. Aber das ist die Vergangenheit, aus der wir in die Gegenwart kommen müssen.

Und das heißt: Wir sind eine gemeinsame Stadt, müssen eine gemeinsame Stadtpolitik betreiben. Wir wollen das auch. Mit allen sechs Ortsteilen.

Dabei hat nicht der Ortsteil Gatersleben Probleme mit der Stadt, sondern dies sind Konflikte der politischen agierenden Personen miteinander, auch meinerseits mit Handelnden in der Stadtverwaltung. Das ist wohl wahr.

Aber die Gatersleber haben keine Probleme z. B. mit den Nachterstedter oder Hoymer Bürgern.

Das sehe ich nicht und es wäre schlecht, wenn es zu solchen käme. Aber leider gibt es dazu schon Tendenzen. Ich habe von Anfeindungen erfahren gegen Bürger aus Hoym zum Thema Schulentwicklung, gegen einfache Bürger, die nicht unmittelbar in die Kommunalpolitik involviert sind. Es ist doch schlimm wenn sich da Feindbilder herauszubilden.

Natürlich gibt es politische Diskrepanzen, doch dürfen die nicht zu Lasten der Bürger

ausgetragen werden.

Wir Gatersleber haben Konflikte mit bestimmten politischen Akteuren auf der Stadtebene, doch muss es uns gelingen, da sachbezogen zu agieren.

Der Weg aus der Sackgasse heißt also Rückkehr zur Sachpolitik. Und dort ist es kontraproduktiv, wenn man Probleme nicht ausdiskutiert, sondern einfach administrativ entscheidet. Und hier ist es dann tatsächlich so, dass die Kommunalvertreter der Ortsteile gegeneinander ausgespielt werden. Das darf zukünftig keinen Platz mehr haben.

Die Stadt braucht ein neues, gemeinschaftlich getragenes Gesamtkonzept „Was wollen wir wo“. Im Rat ausdiskutiert und erörtert und dann sehen wir die Felder des notwendigen, gemeinsamen Handelns. Dann ist aus dem Ganzen heraus stets auch jeder Ortsteil ein Gewinner.

Agieren wir aber getrennt dann wird immer ein Ortsteil der Verlierer sein. Nur gemeinsam können wir für alle eine Win-Win-Situation schaffen.

Dabei wird es auch dauerhaft die Gatersleber oder die Hoymer usw. geben, doch stets als Bürger der gemeinsamen Stadt Seeland.

Lassen Sie mich dabei noch eines unterstreichen: Natürlich sind die Ortschaftsräte demokratisch legitimiert durch die Bürger der Gemeinden und müssen entsprechende Handlungsspielräume bekommen. Das heißt, die Ortschaftsräte müssen politisch wieder aufgewertet werden.

Was im Ortschaftsrat für die Belange vor Ort abschließend entschieden werden kann, muss auch wieder in dessen Entscheidungsvollmachten fallen. Und darüber sollte nicht der Stadtrat befinden müssen.

Da muss es meines Erachtens in den nächsten vier Jahren Kompetenzverschiebungen geben. Von der Ebene des Stadtrates zurück auf die Ebene der Ortschaftsräte. Das neue Kommunalverfassungsgesetz lässt uns hier jede Menge Möglichkeiten. Denn es macht wenig Sinn, die Ortschaftsräte zahlenmäßig auszubauen, wenn man zwar mehr diskutiert und noch mehr diskutiert, aber in letzter Instanz keine Entscheidungen treffen kann. Das ist nicht gut für die Demokratie.

***Herr Lange, wir danken Ihnen für das offene und informative Gespräch.***